

Erst Ende Oktober beantragte der Gemeinderat, dass die Gemeinde ein leer stehendes Haus an der Hauptstrasse veräussert – doch jetzt sollen, ganz im Gegenteil, noch zwei benachbarte Liegenschaften zugekauft werden.

Eigentlich hätte die Gemeinde Zunzgen ihre Liegenschaft an der Hauptstrasse 82 loswerden wollen – doch der Gemeinderat wurde vor sieben Wochen zurückgepfiffen. Jetzt wurde der Gemeindeversammlung eine Vorlage unterbreitet, die den Gemeinderat zu Verkaufsverhandlungen mit den Grundeigentümern der Liegenschaften Hauptstrasse 78 und 78a plus Parzelle ermächtigt – diese liegen direkt neben der Nummer 82. Mit der neuen Vorlage stellt sich die Baukommission gegen die Argumentation des Bauchefs Heinz Griner.

An der Gemeindeversammlung im Oktober meinte er, dass es nicht Kernaufgabe der Gemeinde sei, Wohnraum bereitzustellen. Zudem würden die Investitionen in die Liegenschaft die Gemeinde dazu zwingen, Fremdkapital aufzunehmen.

Kippte die Behörde jetzt um? Mitnichten, findet Griner: Er betrachtet den Antrag nicht als Kehrtwende des Gemeinderates. «Wenn wir Geld sparen wollen, müssen wir die beiden Liegenschaften kaufen», begründete der Bauchef das Umdenken. Der Gemeinderat betrachte die Sanierung der Liegenschaft 82 zwar nach wie vor als unverhältnismässig und nicht sinnvoll. Die Krux der drei Liegenschaften liege aber darin, dass sie derart ineinander verschachtelt seien – eine Sanierung nur eines Gebäudes wäre damit kaum

zweckdienlich, begründete Griner den Antrag.

Des Weiteren eröffnet der Kauf neue Optionen: Bei einem allfälligen Kauf wäre es durchaus denkbar, sagte der Bauchef, dass alle Gebäude abgerissen würden und Platz für eine ganzheitliche und zeitgemässe Überbauung gemacht werde, beispielsweise für bis zu 15 Wohneinheiten, von der behinderten- und altersgerechten Zweieinhalb- bis zur Viereinhalbzimmer-Familienwohnung.

Gemeindepräsidentin Ruth Sprunger befürchtete eine abendfüllende Debatte: «Ich war schon lange nicht mehr so nervös wie heute Abend», sagte sie zur BaZ. Abgesehen von einer kurzen baupolitischen Diskussion ging der Antrag jedoch glatt durch – mit grossem Mehr gegen einige Nein-Stimmen genehmigte die Versammlung den Grund-

satzentscheid, dass Verhandlungen mit den Grundeigentümern geführt werden dürfen.

FREIWLIGENARBEIT. Zunzgen wäre jetzt aber nicht Zunzgen, würde nicht mindestens ein Geschäft Konfliktpotenzial beinhalten. Das war auch am Montag nicht anders, etwa bei der Behandlung des Stellenplans sowie der Änderungen im Personalreglement. Ersteres Geschäft wurde an den Rat zurückgewiesen, letzteres abgelehnt.

Die Stellen seien den Leuten anzupassen – und nicht die Leute den Stellen, so der Tenor. Infrage stellte ein Votant zudem die «Freiwilligenarbeit», insbesondere die der Gemeinderäte. Wer ein solches Amt annehme, wisse, auf was er sich einlasse. Es sei nicht einzusehen, warum Gemeinderatssitze permanent

mit personellen Aufstockungen finanziellen Abgeltungen lukrativ gestaltet werden müssten. «Fühlt sich Mitglied der Aufgabe nicht gewacht muss er halt zurücktreten.» Diese sage unterstrich der Votant damit, in der nahen Vergangenheit in vier Oberbaselbieter Gemeinden gewählt in die Gemeindebehörde gefunden hätten.

Abschliessend musste Gemeindevorstandsratspräsidentin Ruth Sprunger ein Budget absegnen lassen, das auch im Geschäftsjahr 2011 mit einem Verlust abschliessen soll. Hauptsächlich die Positionen Bildung, Spitex, soziale Wohlfahrt und auch die Unterstützungsleistungen gemäss Sozialhilfegesetz seien für den Verlust von 350'000 Franken verantwortlich. Der Aufwand beträgt knapp neun Millionen Franken.

Aargauer Parlament zieht dem Energiegesetz die Zähne

Die Fricktaler CVP-Grossrätin Regula Bachmann ist enttäuscht über ihre Ratskollegen

FRANZISKA LAUR

In der ersten Lesung des neuen Energiegesetzes hat der Aargauer Grosse Rat die Zielvorgaben beim CO₂-Ausstoss gekippt.

Die Fricktaler Grossrätin Regula Bachmann (CVP) fühlt sich manchmal müde; besonders gestern am späteren Nachmittag im Grossratssaal des Aargauer Parlamentsgebäudes. Da arbeitete sie in der grossrätlichen Kommission Monat für Monat, stellte sich Wortgefechten, handelte Kompromisse aus und dann das: In einem Nachmittag wurde ein grosser Teil ihrer Arbeit zunichte gemacht. Das neue Aargauer Energiegesetz wurde schon in der ersten Lesung zerfleddert und entschärft, bis nur wenig Fleisch am Knochen übrig blieb. Sogar die eigene Partei fiel Bachmann, die im Fricktal als Energieberaterin amtiert und Präsidentin des WWF Aargau ist, in den Rücken und half mit, wichtige Punkte im Gesetz zu Fall zu bringen.

Dabei hatte sie so gekämpft: «Jeder Markt braucht Spielregeln – und das sind zeitgemässe, klare



Energieberaterin. Regula Bachmann vor der Fotovoltaik-Anlage in Stein. Foto F. Laur

Vorgaben», sagte sie zum umstrittenen Paragraphen 2. Dieser sah vor, dass der Kanton bis zum Jahr 2035 den jährlichen CO₂-Ausstoss pro Kopf auf 350 Kilogramm und den Leistungsbedarf auf maximal 4500 Watt beschränken soll. «Dies ist nicht wirtschaftsfeindlich – im Gegenteil, es kann eine Chance sein», sagte Baudirektor Peter C. Beyeler dazu. Doch die Bürgerlichen hatten kein Einsehen. Sie ersetzten den Passus durch eine unverbindlichere Formulierung.

Weiter ging es zum nächsten Punkt, der Regula Bachmann am Herzen lag. Die Gemeinden sollten in Nutzungsplänen strengere Regeln treffen können als vom Gesetz verlangt. «Man muss den Gemeinden Handlungsspielraum geben können. Es braucht Anreize, Normen und Verbote», beschwor Bachmann ihre Grossratskollegen, doch sie stiess grossmehrheitlich auf taube Ohren. Auch dieser Passus wurde gestrichen, und ihr blieb nur zu sagen: «Weitere Abstriche erträgt das Gesetz nicht. Sonst wird es eine leere Hülle.»

KLEINER SIEG. Fast als hätte sich das Parlament ihre Beschwörungen zu Herzen genommen, kam in einem anderen wichtigen Punkt ein kleiner Sieg für Bachmann zustande. So soll die Installation von Ölheizungen in neuen Gebäuden nur zulässig sein, wenn kein wirtschaftlich tragbares Heizsystem mit geringerem CO₂-Ausstoss zur Verfügung steht. Hitzige Debatten gingen dem Entscheid voraus. Den

Rechten gingen die Vorgaben eindeutig zu weit. Dabei hatte der Regierungsrat ursprünglich gar den Einbau von Ölheizungen auch bei Renovationen von alten Häusern erschweren wollen.

Zuletzt sprach sich das Kantonsparlament mit nur einer Stimme Unterschied, mit 68 zu 67 Stimmen, für den Antrag der Kommission aus. Die SVP scheiterte haarscharf mit einem Antrag, bei dem fossile Brennstoffe ohne Auflagen weiterhin zugelassen gewesen wären.

Bei der Neuinstallation ortsfester elektrischer Widerstandsheizungen setzte sich dann wieder die SVP durch. Eine Neuinstallation bleibt erlaubt, wenn die Heizung dem «neuesten Stand der Technik» entspricht.

Die erste Lesung ist noch nicht zu Ende, doch viel Biss hat das Gesetz jetzt schon nicht mehr. Bestenfalls könnte der Aargau die Ziele des Bundes übernehmen. Dieses Türchen offen lässt ein Prüfungsantrag für die zweite Lesung, der angenommen wurde.

zitate

«Wert euer Herz über das Hindernis und springt nach – sagt Ja zum neuen Energiegesetz.»

Martin Köchli, Grüne

«Am Horizont ist ein Leuchtturm, und den visieren wir an. Wir dürfen nicht ein Energiegesetz verabschieden, das kein Ziel hat.»

Peter C. Beyeler, FDP

«Polparteien, extremistisch, Ökofritz – ich hoffe, dass wir in der weiteren Debatte höflicher miteinander umgehen.»

Dieter Egli, SP

«Es hat keinen Sinn, scharfe Ziele zu formulieren, ohne zu wissen, was dahintersteckt.»

Jürg Stüssli, SVP

«Innovativ sein heißt Handeln mit neuen Ideen und nicht Halten von Traditionen, wir stehen vor einer Weichenstellung.»

Peter C. Beyeler,

«Zuerst müsste man mal die Kreisel abschaffen – da muss man doch ständig bremsen und wieder anfahren – das braucht Energie!»

Roger Fricker, SV

«Ich wehre mich gegen die Festlegung unrealistischer Ziele und gegen die Aufhebung der Bürokratie.»

Hansjörg Knecht,

«Wenn wir jetzt nicht mit Schwung die erneuerbaren Energien voranbringen, werden wir scheitern.»

Martin Köchli, Gr